

SICHERHEIT AM ARBEITSMARKT

GUTE ARBEIT NIMMT ÄNGSTE

Nach monatelanger Blockade durch die CDU sieht es der SPD-Abgeordnete Wolfgang Decker als gutes Signal, dass Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles das Gesetz zur Bekämpfung des Missbrauchs bei Leiharbeit und Zeitverträgen auf den Weg gebracht hat. „Dies muss jetzt zügig vorangetrieben werden. Gleichzeitig fordern wir die schwarz-grüne Landesregierung

auf, die Gesetzesinitiative zu unterstützen“, sagte Decker im Landtag. Der wirtschaftliche Erfolg des Landes basiere auf gut ausgebildeten, fleißigen Beschäftigten, auf weltweit anerkannten, guten Produkten und Dienstleistungen, sowie auf einem hohen Maß an sozialem Frieden. „Die Pfeiler dieses Erfolgsmodells sind immer die Tarifautonomie, die sozialen Sicherungssysteme und die Mitbestimmung gewesen.“ Dieses Modell sei auch deshalb so erfolgreich, weil die ökonomisch notwendige Flexibilität und die Sicherheit für die Beschäftigten zwei Seiten der gleichen Medaille seien. „Leider hat das Modell aber Risse bekommen.“

Die Tariffucht von Arbeitgebern, ein deutlich angewachsener Niedriglohnssektor, eine Zunahme atypischer und prekärer Beschäftigung



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

WOLFGANG DECKER

durch Leiharbeitsverhältnisse gefährdeten das Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft.

„Gute Arbeit mit fairen Löhnen ist aber nicht nur ein wirksamer Schutz gegen Altersarmut, sondern nimmt den Menschen auch die Angst vor einem sozialen Abstieg“, sagte Decker.

Mit der Durchsetzung des Mindestlohns in der Großen Koalition habe die SPD die Lebensumstände bereits für Millionen Menschen verbessert. Die seinerzeit vorgeschobenen Gegenargumente seien inzwischen widerlegt.



GRAFIK: SPD

SCHWARZ-GRÜN LEUGNET FEHLER BEI BIBLIS-STILLEGUNG

Der Biblis-Untersuchungsausschuss hat den Entwurf eines Abschlussberichts beraten, den der grüne Landtagsabgeordnete Frank Kaufmann vorgelegt hat. Trotz nachgewiesener Fehler bei der Stilllegung des AKW Biblis, die ein millienschweres Prozessrisiko für das Land verursacht haben, entlastet Schwarz-Grün die frühere CDU-Umweltministerin Lucia Puttrich und Ministerpräsident Volker Bouffier. „Aberwitziger und dreister Versuch der Reinwaschung“ nennt das SPD-Obmann Norbert Schmitt. Die Opposition wird ein Gegenvotum abgeben.



GRAFIK: GERT-UWE WENDE

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

VERFASSUNGSFEINDE AN DER AFD-SPITZE

Die Hetze der AfD gegen Muslime in Deutschland hat **Thorsten Schäfer-Gümbel** scharf kritisiert: „Wenn die AfD sagt, dass der Islam nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist, dann ist das falsch.“



Die wahren Verfassungsgegner in unserem Land sind nicht die unzähligen Anhänger eines friedlichen Islam, es sind die führenden AfD-Politiker, die Angst vor dem Islam schüren. Ihre Äußerungen sind ein Angriff auf den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.“ Die AfD stelle Grundwerte unserer Verfassung wie Religionsfreiheit, Menschenwürde oder das Grundrecht auf Asyl infrage.

ERMITTLUNGEN GEGEN JOURNALISTEN?

Mögliche Ermittlungen gegen einen Journalisten wegen Geheimnisverrats werfen aus SPD-Sicht viele Fragen auf. **Günter Rudolph** sagte: „Die Berichte darüber, dass gegen den Journalisten der BILD-Zeitung, Max S., strafrechtlich ermittelt wird, werfen Fragen auf. Spannend ist vor allem, ob gegen den Journalisten wegen Anstiftung zum Geheimnisverrat in Verbindung mit einer Verletzung des Dienstgeheimnisses ermittelt wird.“ Die Öffentlichkeit habe ein Recht zu erfahren, ob Polizei oder Justiz gegen unliebsame Journalisten vorgehen. „Der Versuch, kri-



tische und unangenehme Journalisten unter Druck zu setzen, ist in keiner Weise akzeptabel.“

SONNTAGSRUHE SCHÜTZEN

Geschäfte sonntags leichter zu öffnen, lehnt die SPD ab. **Wolfgang Decker** sagte dazu: „Es gibt mehrere Gründe, das bestehende Ladenöffnungsgesetz beizubehalten und keine Streichung des Anlassesbezuges für eine sonntägliche Öffnung vorzunehmen. Zum einen fühlen wir uns den betroffenen Beschäftigten, den Vereinen und Institutionen mit ihrem berechtigten Bedürfnis nach sonntäglicher Ruhe verpflichtet. Zum anderen sehen wir aufgrund der klaren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts erhebliche rechtliche Bedenken.“



WERTVOLLE ERFAHRUNG

Eine neue Regelung für Seniorinnen und Senioren der Freiwilligen Feuerwehren ermöglicht es ihnen, gesammelte Erfahrungen und Kenntnisse zum Beispiel im Rahmen von Brandschutzunterricht in Kindergärten oder Schulen weiterzugeben. Neu an der Regelung, die **Dieter Franz** begrüßt hat, ist der höherwertige Versicherungsschutz, den die Unfallkasse Hessen gewährleistet.



PETITION

SCHNITTSTELLE ZWISCHEN BÜRGERN UND PARLAMENT

1220 Petitionen haben 2015 den Petitionsausschuss des Hessischen Landtags erreicht. Das ist der höchste Stand seit zehn Jahren, berichtet die Ausschussvorsitzende **Andrea Ypsilanti**. „Häufig geht es in den Petitionen um die Schilderung persönlicher Notlagen und damit um sehr individuelle Angelegenheiten, die oft eine lange Vorgeschichte haben. Einen Schwerpunkt bilden dabei Petitionen zum Aufenthaltsrecht“, berichtete Ypsilanti. Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Gewährung von Sozialleistungen fänden sich ebenso wieder wie die Themenbereiche Baurecht oder Schule. Der Bereich der Justiz sei das am zweithäufigsten betroffene Sachgebiet, hierunter fielen auch Eingaben von Gefangenen, die im Unterausschuss Justizvollzug behandelt würden. „Der Petitionsausschuss fungiert somit als Schnittstelle zwischen der Volksvertretung und den Bürgerinnen und Bürgern.“ Der Petitionsausschuss leiste unterstützt von den Mitarbeitern der Landtagskanzlei dabei auch wichtige Öffentlichkeitsarbeit für das Parlament, zum Beispiel mit einem eigenen Infostand auf dem Hessianag.



SCHWARZ-GRÜN KÜRZT LEHRERSTELLEN

Nur halbherzig fällt die Kehrtwende von Kultusminister Alexander Lorz bei den Stellenkürzungen an Gymnasien aus. Der SPD-Abgeordnete **Turgut Yüksel** sagte: „Kultusminister Lorz lässt zum Glück für viele Schulen in Hessen



den groben Unfug, in den nächsten zwei Jahren weitere Stellen in den Gymnasialen Oberstufen zu streichen. Ein Grund zum Jubeln ist das noch lange nicht, denn die bereits vollzogenen Kürzungen bleiben bestehen.“ Das gilt auch für die bereits gestrichenen 150 Stellen an den Grundschulen. Chancengleichheit und Möglichkeiten zur individuellen Förderung würden in Hessen unter Schwarz-Grün weiter abgebaut.

CHANCE FÜR INTEGRATION VERGEBEN

Als „äußerst bedauerlich“ hat der SPD-Abgeordnete **Gerhard Merz** die Ablehnung des SPD-Gesetzesentwurfs zur Heraufsetzung der Altersgrenze für den Besuch von beruflichen Schulen bezeichnet. „Damit wird eine Chance vergeben, die Voraussetzungen für die berufliche Integration von jungen volljährigen Flüchtlingen, aber nicht nur von diesen, nachhaltig zu verbessern“, sagte Merz. Die schwarz-grüne Blockade bei der Ausweitung der Schulpflicht auf 27 Jahre erschwere definitiv wirksame Integration, verhindere bessere Förderung und nehme jungen Menschen Bildungschancen.



FOTOS: GERT-UWE MENDE



DIE AUSSTELLUNG „DIE OPFER DES NSU“ WIRD IM HESSISCHEN LANDTAG GEZEIGT. DIE BILDERREICHE AUSSTELLUNG SETZT SICH AUF 22 TAFELN MIT DEN VERBRECHEN DES NSU IN DEN JAHREN 2000 BIS 2007 SOWIE DER GESELLSCHAFTLICHEN AUFARBEITUNG NACH DEM AUFLIEGEN DES NATIONALSOZIALISTISCHEN UNTERGRUNDES IM NOVEMBER 2011 AUSEINANDER. ABGEORDNETEN AUS ALLEN FRAKTIONEN NAHMEN AN DER AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG TEIL. (OBEN).

GESUNDHEITSGEFAHREN ERNSTHAFT PRÜFEN

Mögliche Risiken für die Gesundheit, die aus Kunststoffverpackungen von Lebensmitteln resultieren, müssen aus Sicht der verbraucherpolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion **Angelika Löber** sehr ernst genommen werden: „Es stellt sich zunehmend die Frage, inwieweit Lebensmittelverpackungen aus Kunststoff gesundheitsbelastende Stoffe an das zu schützende Produkt abgeben und damit die Gesundheit der Konsumenten gefährden können.“



Lebensmittelverpackungen dürften unter normalen Verwendungsbedingungen keine gefährlichen Stoffe an Lebensmittel abgeben. Doch würden bei Kontrollen immer wieder schädliche Substanzen in Lebensmitteln gefunden,

die wahrscheinlich auf die Verpackung zurückzuführen seien. „Die gesundheitlichen Risiken von Kunststoffverpackungen bei Lebensmitteln sind bisher nicht ausreichend erforscht. Die Landesregierung muss sich deshalb dafür einsetzen, dass die möglichen Gefahren umfassender analysiert werden, insbesondere weil die Verwendung dieser Verpackungen bei Lebensmitteln zugenommen habe und weiter zunehmen wird“, forderte Löber.



ABSURD: PLASTIK FÜR LEBENSMITTEL, DIE SCHON VON NATUR AUS GUT „VERPACKT“ SIND.

FOTO: FOTOLIA.COM/RUFAR

FOTO: FOTOLIA.COM/CATHRIN39



HANDWERK ALS WIRTSCHAFTSMOTOR

Die SPD schätzt die Bedeutung des Handwerks als Motor der Wirtschaft und steht uneingeschränkt zum Erhalt des Meisterbriefs. Das



Handwerk leide allerdings zunehmend unter Problemen, sagte die SPD-Abgeordnete **Elke Barth**.

„Wenn die gesamtwirtschaftliche Lage in Hessen sich besser entwickelt als die des Handwerks, dann ist das ein Alarmsignal. Die Wachstumshemmnisse für das Handwerk liegen zum einem im Bewerbermangel in vielen Handwerksberufen. Weiter zeigt sich zunehmend die schwierige Situation bei Unternehmensnachfolgen, weil oft an geeigneten und interessierten Nachfolgerinnen und Nachfolgern fehlt“, sagte Barth. Unter der schwarz-grünen Kommunalfeindlichkeit litten die öffentlichen Investitionen, was auch dem Handwerk schade.

Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Redaktion:
Gert-Uwe Mende
(verantwortlich)
Katja Apelt
Gerfried Zluga
Martina Häusel-David

KAOLITION KRAFTLOS GEGEN WOHNUNGSMANGEL

Die schwarz-grüne Landesregierung agiert in der Wohnungspolitik in Hessen kraftlos und ohne Nachdruck. „Das Wenige was passiert, wird den tatsächlichen Problemen auf dem Wohnungsmarkt nicht gerecht“, sagte der SPD-Abgeordnete Michael Siebel in der Erwiderung auf eine Regierungserklärung von Umweltministerin Priska Hinz.

„Wenn die Wohnungspolitik schon nicht zur Chefsache gemacht wird, dann braucht Hessen zumindest wieder einen Wohnungsbaukoordinator, der mit Kommunen Flächen verhandelt, der bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) vorstellig wird und der für eine kraftvolle Administration der Programme sorgt“, forderte Siebel. Er kritisierte, dass die neuen Wohnraumbedarfszahlen, die der Lan-



MICHAEL SIEBEL

FOTOS: MARTINA HÄUSEL-DAVID

desregierung vorlägen, seit einem halben Jahr nicht veröffentlicht würden. „Es ist ein Skandal, dass diese Zahlen der Öffentlichkeit vorenthalten werden. Wenn das richtig ist, was man erfährt, muss Hessen ein weiteres Programm in Höhe von 50 Millionen Euro für den Bau von Sozialwohnungen und für mittlere Einkommen auflegen, da der Bedarf weitaus höher liegt, als bisher prognostiziert.“

STEUERFAHNDUNG VERSTÄRKEN

In der Debatte über die sogenannten Panama-Papers hat der SPD-Abgeordnete **Torsten Warnecke** gefordert, die Steuerfahndung zu verstärken. „Briefkastenfirmen sind potenzielle Türöffner für Steuerhinterziehung und Steuervermeidung. Es existiert eine enorme Energie, die in solche Konstrukte gesteckt wird. Selbsternannte Eliten haben nichts Besseres zu tun, als Konstrukte zu entwerfen, die am Ende die Allgemeinheit schädigen.“ Die SPD fordere daher zusätzliche Steuerbeamte sowie, zur Bekämpfung der Steuerkriminalität stärker auf Haftstrafen zu setzen.



SCHULE DER VIELFALT ENTWICKELN

Ein schlüssiges Gesamtkonzept zu Diversität hat der SPD-Abgeordnete **Christoph Degen** gefordert. „Mobbing, Ausgrenzung oder Unverständnis gegenüber unterschiedlichen sexuellen Identitäten sind alltäglich. ‚Schul‘ gilt auf vielen Schulhöfen leider noch immer als Schimpfwort“, sagte Degen. Leider engagiere sich das Land hier noch viel zu zaghaft, um ein wertschätzendes Verständnis von Vielfalt vorzubringen. Schulen müssen dabei unterstützt werden Respekt, Fairness und gegenseitiges Verständnis zu einem selbstverständlichen Teil der Schulkultur und des Unterrichts zu entwickeln.

